

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

125. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 22. September 2004

Zusatztagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der FDP: **Äußerungen von Bundesminister Schily zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Antrag auf Verbot der NPĐ**

11417 B

Dr. Guido Westerwelle (FDP)
11417 B

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
11418 C

Wolfgang Bosbach (CDU/CSU)
11419 D

Dr. Michael Bürsch (SPD)
11420 D

Norbert Geis (CDU/CSU)
11422 A

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD)
11423 A

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)
11424 A

Silke Stokar von Neuform (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
11425 B

Petra Pau (fraktionslos)
11426 B

Sebastian Edathy (SPD)
11427 A

Günter Baumann (CDU/CSU)
11428 A

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD)
11429 A

Dorothee Mantel (CDU/CSU)
11430 A

Otto Schily, Bundesminister BMI
11431 B

Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU)
11433 B

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Die Fragestunde ist damit beendet.

Die Fraktion der FDP hat eine Aktuelle Stunde aufgrund der Antworten der Bundesregierung auf die Dringlichkeitsfragen beantragt. Diesem Verlangen ist nach Anlage 5 I 1 b unserer Geschäftsordnung stattzugeben. Diese Aktuelle Stunde muss unmittelbar im Anschluss an die Fragestunde durchgeführt werden.

Ich rufe daher auf:

Aktuelle Stunde

Äußerungen von Bundesminister Schily zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Antrag auf Verbot der NPD

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Dr. Guido Westerwelle von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom heutigen Tage wird der Vorsitzende der rechtsradikalen, rechtsextremistischen NPD zitiert: Er bedanke sich zunächst beim Bundesinnenminister Schily, der das Scheitern des Verbotsverfahrens gegen die NPD selbst verschuldet und damit die NPD bekannt gemacht habe.

(Silke Stokar von Neuform [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben ja merkwürdige Kronzeugen! – Dr. Michael Bürsch [SPD]: Eine sehr seriöse Quelle!)

Wir haben hier vor Jahren, und zwar am 8. Dezember des Jahres 2000, eine verfassungsrechtlich wichtige Debatte geführt. Es ging um die Frage, ob wir ein Verbotsverfahren gegen diese rechtsradikale, rechtsextremistische und unzweifelhaft menschenverachtende Partei einleiten. Dieses Verbotsverfahren ist seinerzeit von uns aus sehr grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt worden. Die Mehrheit des Bundestages – übrigens auch die Mehrheit des Bundesrates – hat allerdings das Verfahren tatsächlich eingeleitet. Das, wie wir wissen, schärfste Schwert in der Demokratie, das Parteiverbot, sollte angewendet werden.

Die Tatsache, dass das NPD-Verbotsverfahren so ausgegangen ist, wie es ausgegangen ist, ist eine Sache. Was wir aber in keiner Weise für akzeptabel halten, Herr Innenminister, ist, wenn dann das Bundesverfassungsgericht öffentlich von Ihnen beschuldigt wird, es habe mit seiner Entscheidung, Ihren Antrag abzulehnen, ein Erstarken der Rechtsradikalen mitbewirkt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir halten das für eine gänzlich unangemessene Reaktion. Deswegen muss das in diesem Haus besprochen werden. Es ist schlechterdings eine Unverfrorenheit und einem Verfassungsminister in keiner Weise angemessen, wenn Sie das Bundesverfassungsgericht, das die Verfassung schützt, für ein Urteil verantwortlich machen, das Sie mit einem handwerklich offensichtlich schlecht vorbereiteten Verbotsverfahren zu verantworten haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Das wollen Sie wohl? – Sebastian Edathy [SPD]: Beckmesserei ist das! Furchtbar!)

Wir wissen, dass es im Laufe des Verbotsverfahrens eine V-Leute-Problematik nach der anderen gegeben hat. Wir wissen, dass auch einzelne Kollegen der Regierungsfaktionen in diesem Hause – sie haben wie ich als Mitglied des Innenausschusses die Akten gelesen – Sie damals gewarnt haben, dass das Verfahren bei dieser Aktenlage scheitern wird. Es ist aus unserer Sicht ein ganz großer Fehler, wenn jetzt nicht nur das Verfassungsgericht kritisiert wird, sondern wenn an dieser Stelle ein Pingpongspiel der Schuldzuweisungen zwischen Verfassungsorganen stattfindet.

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Was machen Sie denn mit dieser Aktuellen Stunde?)

Besser wäre es, wir würden uns der politischen Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Parteien gemeinsam sachlich stellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen halten wir es für erforderlich, dass wir uns vor allen Dingen mit den Ursachen dieser gefährlichen Entwicklung auseinander setzen.

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Wer hat das denn nicht getan? – Gegenruf der Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]: Der Innenminister!)

Es ist ein Fehler, wenn beispielsweise in einer Fernsehdiskussion am Sonntagabend – das soll klar gesagt werden – denen, die sich in ihrer Falschheit und – Herr Präsident, ich darf mir diesen Ausdruck vielleicht erlauben – in ihrer Dämlichkeit durch ihre Worte selbst entlarven, das Wort abgeschnitten wird.

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Daran sind wir nicht schuld! – Dr. Michael Bürsch [SPD]: Das ist Journalistenschelte!)

Wir halten es für sinnvoller, wenn eine politisch sachliche Auseinandersetzung stattfindet. Deswegen sind wir der Überzeugung, dass es die beste Politik gegen Rechtsextremismus ist, dafür zu sorgen, dass durch eine wirtschaftsfreundliche Politik Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen. Diese Politik schlagen wir vor.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie hingegen, Herr Minister, haben erst mit einem handwerklich schlechten und unzureichenden Verbotsverfahren dafür gesorgt, dass die NPD eine Bühne bekam und sich die rechtsradikale Szene sortieren konnte und auch sortiert hat.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Es gab drei Antragsteller!)

Jetzt machen Sie ausgerechnet das Bundesverfassungsgericht für Ihre eigene handwerkliche Unzulänglichkeit verantwortlich. Das akzeptieren wir in keiner Weise. Das wollen wir Ihnen als Fraktion im Deutschen Bundestag nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das zeigt eben, dass Sie trotz Ihrer unzweifelhaft guten Absichten, die Sie mit dem Verbotsverfahren gehabt haben – das haben wir nie bestritten; lesen Sie dazu die Protokolle der damaligen Debatte nach –, genau das Gegenteil bewirkt haben. Es zeigt auch, dass wir uns um andere Dinge kümmern müssen, um die politische Bildung, die bessere Ausstattung der politischen Stiftungen und der Bundeszentrale für politische Bildung. Das ist der Ansatz, den wir suchen sollten.

Wir von der Freien Demokratischen Partei können im Deutschen Bundestag in keiner Weise akzeptieren – und wenden uns in aller Schärfe dagegen –, dass Sie, Herr Innenminister, das Bundesverfassungsgericht öffentlich beschimpfen, anstatt zuzugestehen, dass Sie selbst in Wahrheit mit Ihrer Politik falsch lagen.

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall bei der FDP – Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Schwach! – Dr. Michael Bürsch [SPD]: Selbstgerecht ist nichts dagegen!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Volker Beck vom Bündnis 90/Die Grünen.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Westerwelle, Sie fordern hier eine geistige Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen. Dazu war Ihre Rede leider kein Beitrag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich finde, es ist eine traurige Stunde für dieses Parlament, wenn der Deutsche Bundestag nach dem Einzug von rechtsextremistischen Parteien in zwei Landtage in einer Aktuellen Stunde ein kleines parteipolitisches Hickhack über eine Äußerung des Bundesinnenministers veranstaltet, die vielleicht von manchen missverstanden worden ist.

(Lachen bei der FDP)

Mir fehlt für diese Art der Auseinandersetzung jegliches Verständnis.

Vorhin in der Fragestunde – da waren Sie, Herr Westerwelle, noch nicht da – hat Staatssekretär Körper dargelegt, wie dieses Statement zu verstehen war. Ich meine, dass man nicht leugnen kann, dass es eine Kausalität zwischen dem nicht erfolgten Verbot und dem Wahlsieg gibt. Dass diese Äußerung in manchen Presseveröffentlichungen ein bisschen anders klang, kennen Sie von Ihren Äußerungen auch. Das hat man nicht immer ganz in der Hand.

Wenn ich manches von Ihnen über diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts höre, dann komme ich zu dem Schluss, dass nicht korrekt geredet wird. Sie sagen, Herr Schily und Herr Beckstein seien laut einer Meldung der Nachrichtenagentur ddp für das Erstarken der NPD verantwortlich. Das finde ich einfach schäbig. Zudem: Den Bund trifft bei den Fehlern in diesem Verfahren am wenigsten die Schuld. Es hat an der Zusammenarbeit der Landesämter für Verfassungsschutz gefehlt. Sie müssen auf eine ganz andere Bank zeigen, wenn Sie es für sinnvoll halten, über Schuldzuweisungen zu reden.

(Beifall bei der SPD – Silke Stokar von Neuform [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann muss man das Grundgesetz ändern! – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Geschichtsklitterung!)

Wir kommen nicht weiter, wenn wir so debattieren.

Der Kollege Koppelin hat laut einer anderen Agenturmeldung behauptet, das Bundesverfassungsgericht habe gesagt, dass der Verdacht entstanden sei, es seien Gründe für das Verbotsverfahren erst durch die V-Leute produziert worden. Das ist nachweislich falsch. In der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts heißt es, vorgetragen von einer Minderheit von drei Richtern:

In einem Parteiverbotsverfahren schwächen Mitglieder der Führungsebene, die mit einander entgegengesetzten Loyalitätsansprüchen des staatlichen Auftragsgebers und der observierten Partei konfrontiert sind, die Stellung der Partei als Antragsgegner vor dem BVerfG im Kern.

Es gebe das Problem der Information der Antragsteller über die Prozessstrategie der Partei. Deshalb hat die Minderheit dieses Verbotsverfahren zu Fall gebracht. Die Mehrheit war übrigens anderer Auffassung. Ich meine auch, dass das im Verfahren noch hätte geheilt werden können. Das aber ist alles vergossene Milch.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Land. Wir müssen auch die Defizite benennen.

(Beifall der Abg. Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Reden Sie mit Polizisten und Leuten aus der Jugendarbeit! Es gibt in Sachsen Städte, in denen ein Jugendlicher, der mit dem rechtsextremen Gesocks nichts zu tun haben will, nirgendwo hingehen kann, um sich mit anderen Jugendlichen zu treffen. Diese müssen eine erhebliche Zivilcourage haben und eine Kraftanstrengung aufbringen. Wir, die Politiker im Bund und die im Land Sachsen, haben die Aufgabe, die Zivilgesellschaft zu stärken und Räume für Jugendliche zu öffnen, die mit diesem Gedankengut nichts zu tun haben wollen. Das wollen wir mit den Programmen Entimon und Civitas tun. Das ist der richtige Ansatzpunkt. Dass die CDU/ CSU in jeder Haushaltsdebatte Streichungsanträge einbringt, mit denen sie diese bescheidenen Ansätze, die wir eigentlich stärken sollten, völlig abschaffen will,

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Leider ja! – Sebastian Edathy [SPD]: Unerhört!)

ist ein Armutszeugnis. Ich hoffe, dass das jetzt ein Ende hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn sich die Helden von der FDP in dieser Debatte für die geistige Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen aussprechen, dann frage ich Sie: Wie sind Sie in Sachsen-Anhalt mit dem Verein „Miteinander“ umgegangen? Dort haben Sie als schwarz-gelbe Regierung unmittelbar nach der Regierungsübernahme das einzige Projekt, das sich mit diesem Problem befasste, kaputtgekurzt und abgeschafft. Das ist die falsche Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir brauchen eine geistige Auseinandersetzung und wir müssen uns die Lümmel von der NPD aggressiv vornehmen und ihre Argumente zerlegen. Dabei hilft es nicht – das hat mich wirklich erschreckt –, diesen Leuten mit ihrer Ideologie noch hinterherzulaufen, wie es offenbar gestern in der Unionsfraktion diskutiert wurde,

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Wie bitte?)

wenn die Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ stimmt, derzufolge die Kollegin Bellmann in der Unionsfraktion unter Beifall gesagt haben soll, der Ausschluss des Abgeordneten Hohmann wegen seiner antisemitischen Äußerungen sei mitverantwortlich für die Verluste der CDU in Sachsen.

(Zurufe von der SPD: Unglaublich! Un-erhört! – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/ CSU]: Was hat das denn mit der NPD zu tun?)

Die Frage ist doch: An wen gingen die verlorenen Stimmen? Von wem bekommt denn die NPD ihre Stimmen? Die NPD hat ihre Stimmen aus zwei Lagern bekommen: zum größten Teil von der Union und zu einem kleineren Teil von der PDS. Das ist die Wahrheit zur Wählerwanderung. Wir werden diese Menschen nicht dadurch für die Demokratie zurückgewinnen, dass wir ihnen nachplappern, sondern indem wir unsere Positionen beibehalten und klar argumentieren. Das gilt übrigens auch für die Auseinandersetzung im Zusammenhang mit Hartz IV. Die Doppelzüngigkeit von Herrn Milbradt in diesem Zusammenhang hat die Menschen verständlicherweise nicht überzeugt.

Die Kampagne „Herz statt Hartz“ der FDP hat sicherlich auch keinen Beitrag dazu geleistet, dass die Menschen verstehen konnten, an welchen Stellen im Land Reformbedarf besteht und dass die Reformpolitik vernünftig ist. In solchen Auseinandersetzungen muss man den Menschen die Notwendigkeit der Reformen auch dann nahe bringen, wenn dies politisch ein bisschen was kostet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Wolfgang Bosbach von der CDU/CSU-Fraktion.

Wolfgang Bosbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Behauptung von Minister Schily, das Bundesverfassungsgericht sei für die Wahlerfolge der NPD in Sachsen verantwortlich, ist erstens in der Sache falsch, zweitens ein reines Ablenkungsmanöver, das von seinen eigenen Fehlern im NPD-Verbotsverfahren ablenken soll,

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Ach, Sie waren wohl nicht dabei?)

und zeugt drittens von einer erstaunlichen Respektlosigkeit gegenüber dem Verfassungsorgan Bundesverfassungsgericht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Es gab drei Verbotsanträge, Herr Kollege!)

Damit wir uns richtig verstehen: Wir alle haben keinen Zweifel daran, dass die NPD verfassungswidrig ist und unsere demokratische Grundordnung aggressiv bekämpft. Wir alle hätten es begrüßt, wenn die NPD verboten worden wäre. Aber dass das Verbotsverfahren gescheitert ist, ist nicht zuletzt auf die dilettantische Prozessführung des Bundes zurückzuführen. Hierfür trägt der Innenminister zumindest die politische Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Und die Länder und der Deutsche Bundestag?)

Als das Verbotsverfahren ins Trudeln geraten ist, hat Minister Schily gesagt: „Jeder muss zu seiner Verantwortung stehen, niemand darf sich seitwärts in die Büsche schlagen.“ Das muss dann aber auch für den Urheber dieses Textes selber gelten. Im Januar 2002 hat Herr Schily nämlich selber hauseigene – ich zitiere wörtlich – „krasse Fehler“ eingestanden.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

An diesen krassen Fehlern ist das NPD-Verbotsverfahren gescheitert und nicht deshalb, weil die Richter in Karlsruhe rechtsblind wären und in unverantwortlicher Weise die Verfassungsfeindlichkeit und Aggressivität der NPD verkannt hätten.

Man muss es nicht gleich so hart formulieren wie das „Hamburger Abendblatt“ – ich zitiere –:

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Eine gute Quelle!)

Stattdessen macht er

– Schily –

die höchsten Verfassungsrichter für sein eigenes politisches Versagen verantwortlich und liefert schon mal im Vorwege den Schuldigen für die Wahlergebnisse von Sonntag. Das ist schäbig.

Aber die Verantwortung einfach Karlsruhe zuzuschieben ist schon ein starkes Stück!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Minister, das sehen nicht nur wir, sondern auch alle anderen Kommentatoren so. Denn schließlich sind die Reporter zur Erforschung der Ursachen für das Wahlverhalten in Sachsen dorthin und nicht nach Karlsruhe gereist.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Nicht Karlsruhe ist für das Erstarken der NPD in Sachsen verantwortlich, sondern es sind diejenigen, die die NPD dort gewählt haben. Das waren am vergangenen Sonntag 191 000. Schlimm genug! Aber das ist unter keinem Gesichtspunkt ein Grund zu behaupten, Sachsen sei nunmehr braun geworden. Das ist eine grobe Beleidigung für die überwältigende Mehrheit der Menschen in Sachsen,

(Zuruf von der SPD: Wer hat das denn gesagt?)

die mit der NPD überhaupt nichts am Hut haben und mit dem braunen Spuk auch nichts zu tun haben wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Man wird auch nicht sagen können, dass ausnahmslos alle, die am vergangenen Sonntag NPD gewählt haben, Rechtsextreme oder Neonazis sind. Das wird eine Mischung aus Ewiggestrigen, Neonazis und jenen gewesen sein, die sozusagen als schärfsten Ausdruck ihres Protestes diese Partei gewählt haben. Dafür gibt es viele Ursachen: Perspektivlosigkeit, Armutsängste – ganz gleich, ob berechtigt oder nicht – und Frustration über „die

da oben“ – damit sind wir alle gemeint –, denen man je nach Betrachtung alles oder nichts zutraut. Wir müssen uns einmal selber fragen, ob nicht auch wir einen Anteil daran haben, dass solche Parteien, ob sie nun rechtsextrem oder linksextrem sind, stark werden. Sprechen wir eigentlich noch die Sprache, die draußen verstanden wird? Vermitteln wir das, was notwendig und unpopulär ist, so, dass wir auch verstanden werden?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der SPD: Das ist nicht richtig!)

Was ist zu tun? Dagegen helfen jedenfalls weder Dramatisierung noch Verharmlosung. Wir müssen vielmehr jede Form des politischen Extremismus entschieden bekämpfen, ganz gleich, ob unsere Demokratie von links außen oder von rechts außen aggressiv bekämpft wird. Keine Toleranz für jene, die selber jede Toleranz ablehnen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wegducken hilft nicht! Zivilcourage ist gefragt. Ich befürchte zwar, dass politische Überzeugungsarbeit nicht bei allen fruchten wird, die am vergangenen Sonntag NPD gewählt haben. Aber wir müssen uns zumindest um diejenigen bemühen, die nicht aufgrund einer rechtsextremen Einstellung oder deshalb, weil sie Gesinnungstäter sind, sondern aus Frust und Enttäuschung die NPD gewählt haben. Wenn es uns gelingt, zumindest einen Teil dieser Wählerinnen und Wähler für das demokratische Parteienspektrum zurückzugewinnen, dann hat sich die Mühe gelohnt.

Herr Minister Schily, abschließend ein ganz persönliches Wort. So etwas passiert uns allen doch einmal: Man sagt etwas aus Wut oder Enttäuschung. Wenn man es am nächsten Tag in der Zeitung liest, dann denkt man, dass man es besser nicht gesagt hätte. Vermutlich wird es Ihnen auch so gehen. Sie sind stark in vielen Disziplinen. Zu diesen Disziplinen gehört allerdings nicht die Selbstkritik. Geben Sie sich doch einmal einen Ruck und erklären Sie heute hier – Herr Beck hat Ihnen ja bereits eine Vorlage geliefert –: Ich habe es so gesagt, aber nicht so gemeint.

Danke für das Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Michael Bürsch von der SPD-Fraktion.

Dr. Michael Bürsch (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befassen uns in der heutigen Aktuellen Stunde mit den Wahlergebnissen vom letzten Sonntag und – rückblickend scheint das gewollt zu sein – mit dem NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Es liegt nahe, den Vorsitzenden der FDP hier zum Zeugen für das Verfahren zu machen, wie wir darüber reden sollten. Er hat nämlich dafür plädiert, über dieses sensible Thema mit mehr Verstand und mit weniger Bauch zu diskutieren, das heißt aus meiner Sicht: mit Sachlichkeit und Seriosität statt mit künstlicher Erregung.

Herr Westerwelle, Sie haben nach meinem Wissen wie Herr Bosbach Jura studiert. Schon damals galt beim Jurastudium die Erkenntnis: Ein Blick ins Gesetz erspart viele Irrtümer.

(Zuruf von der CDU/CSU: Erleichtert die Rechtsfindung!)

In diesem Fall kann man sagen: Ein Blick auf das, was der Bundesinnenminister tatsächlich gesagt hat, erspart künstliche Erregung. Es lässt sich sehr leicht belegen, dass das, was Sie daraus gemacht haben und als Zitat ausgegeben haben, mit der Wahrheit nicht übereinstimmt. Nach Herrn Westerwelle soll Herr Schily wörtlich gesagt haben: Das Bundesverfassungsgericht hat ein Erstarken der Rechtsradikalen mitbewirkt. Herr Bosbach hat daraus gemacht – auch das soll ein Zitat von Herrn Schily sein –: Das Bundesverfassungsgericht ist für die Wahlerfolge der Rechtsextremen in Sachsen und Brandenburg verantwortlich. Nichts davon hat Herr Schily gesagt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Doch!)

Schauen wir doch einfach einmal nach, was er in der „Financial Times“ wortwörtlich gesagt hat:

Eine Partei mit deutlich ausländerfeindlicher und antisemitischer Propaganda kommt in die Parlamente.

Das stößt bei Ihnen allen sicherlich auf breite Zustimmung. Jetzt kommt der Zusatz:

Das ist das Ergebnis einer sehr problematischen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

(Widerspruch bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der CDU/CSU: Aha!)

– Liebe entrüstete FDPisten, ich sage Ihnen als Berichterstatter für das NPD-Verfahren: Die Auffassung, dass es sich um eine sehr problematische Entscheidung handelt, ist durchaus richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Entscheidung haben viele Kommentatoren und fünf von acht Richtern des Bundesverfassungsgerichts, also die Mehrheit des entsprechenden Senats, für höchst problematisch gehalten. Wenn Sie sich dieses Urteil noch einmal anschauen, dann werden Sie wissen, was daran problematisch ist: Das Gericht hat sich aus rein formalen Gründen einer Entscheidung entzogen.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Dann stimmt das Zitat ja überhaupt nicht! Dann ist es ja noch schlimmer!)

Das ist es, was der Innenminister, unsere Fraktion und ich als Berichterstatter zu Recht kritisieren. Das Gericht hat sich einer Entscheidung in der Sache entzogen.

Eine Entscheidung in der Sache – auch auf diesen Punkt kommt es an, Herr Westerwelle – hätte zur Wahrheitsfindung nämlich entscheidend beigetragen; denn sie hätte genau das klargestellt, was Sie hier mit Ihren Worten zum Ausdruck gebracht haben:

(Dirk Niebel [FDP]: Man konnte ja gar nicht entscheiden bei dem Murks!)

dass diese Partei verfassungswidrig ist und dass sie ihre Ziele auch unter Anwendung von Gewalt verfolgt. Das hätte – für jeden erkennbar; es wäre aktenkundig gewesen – klargestellt werden können.

Sie von der FDP haben sich einen weißen Fuß gemacht. Sie haben sich nämlich am Klärungsprozess beim Verfassungsgericht, also an der Wahrheitsfindung, nicht beteiligt und jetzt nehmen Sie ein an den Haaren herbeigezogenes Zitat – mit einer Überschrift aus der „Welt“ versuchen Sie, es in die gewünschte Richtung zu bringen – zum Anlass, dem Innenminister, der auch Verfassungsminister ist, am Zeug zu flicken. Das wird nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sie sind nur einer Deutung dieser Äußerung in Ihrem Sinne zugänglich. Es bleibt aber dabei: Natürlich sind diese Wahlerfolge nur möglich gewesen, weil sich diese Partei noch bewerben konnte und weil keiner mit der Macht und der Autorität des Verfassungsgerichts gesagt hat: Liebe Leute, ihr müsst wissen, dass diese Partei verfassungswidrig ist; sie verfolgt Ziele, die denen der NSDAP wesensverwandt sind. Sie haben diese Äußerung nach meiner Interpretation bewusst missinterpretiert. Wie die große Zeitung „Die Welt“ haben Sie sich eine Steilvorlage gemacht, um entrüstet sagen zu können: Der Innenminister übt Kritik am Bundesverfassungsgericht.

Nach dem, was Sie hier an künstlicher Entrüstung produziert haben, lautet mein Fazit:

Erstens. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verfahren war aus den geschilderten Gründen in der Tat problematisch. Das Gericht ist eben nicht zu einer Entscheidung in der Sache gekommen. Damit hat es nicht für alle Zeiten klargestellt: Diese Partei ist verfassungswidrig. – Das ist keine Urteilsschelte, sondern eine sachliche Feststellung, die aus meiner Sicht im Übrigen auch von Art. 5 des Grundgesetzes gedeckt ist. Sie lässt sich – so haben es fünf Richter dieses Verfassungsgerichts gemacht – mit sachlichen Argumenten begründen.

Zweitens. Wir können nicht darauf vertrauen – da stimme ich mit Herrn Bosbach überein –, dass sich dieses Problem von allein erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nicht Karlsruhe ist für die Wahlergebnisse in Sachsen zuständig. Sie wissen ganz genau, dass auch der Innenminister mit seinem hohen Intelligenzquotienten diese These nie im Leben vertreten würde.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Lesen Sie das Zitat bitte noch einmal vor! Das war so schön!)

Die entscheidende Auseinandersetzung mit diesem Phänomen müssen tatsächlich wir Politiker mit den Mitteln der Politik und mit der Zivilgesellschaft führen. Das Ganze ist auch eine Frage zivilgesellschaftlichen Engagements. Darauf hat Herr Beck völlig zu Recht hingewiesen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Zugabe!
– Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Bürsch widerlegt Bürsch!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Norbert Geis von der CDU/ CSU-Fraktion.

Norbert Geis (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zweifellos richtig, dass wir uns mit dem Extremismus im Land auseinander setzen müssen. Das gilt für links genauso wie für rechts. Hartz IV ist den

Menschen nicht genug erklärt worden. Es ist nicht gelungen, den Menschen zu vermitteln, dass Reformen notwendig sind. Daher hatten die Rattenfänger links außen und rechts außen leichtes Spiel. Das ist das Ergebnis des letzten Sonntags.

Es geht auch darum, dass wir die Diskussion um nationale Themen nicht allein den Rechtsextremisten überlassen dürfen.

(Zuruf von der SPD: Zum Beispiel?)

Auch dann hätten Rattenfänger leichtes Spiel.

(Silke Stokar von Neuform [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben keine Ratten gefangen, sondern Menschen beeinflusst!)

Auch das war am letzten Sonntag der Fall.

Aber heute geht es nicht um diese Frage. Heute geht es um eine Äußerung des Innenministers, die nach meiner Auffassung Schaden angerichtet hat und deswegen hier heute diskutiert werden muss. Wenn die Opposition eine solche Äußerung des Ministers nicht aufgreifen würde, dann – das muss man verstehen; das gehört zur parlamentarischen Auseinandersetzung – wäre sie keine richtige Opposition.

(Sebastian Edathy [SPD]: Das ist sie auch so nicht!)

Ich will Ihnen zugeben, Herr Minister, dass das Verbotsverfahren meines Erachtens richtig gewesen ist. Ich habe dafür gestimmt. Die Parteien haben in unserem Land eine herausgehobene Stellung. Das kommt in der Verfassung zum Ausdruck. Sie müssen und sollen an der Meinungsbildung des Volkes mitwirken. Sie haben einen großen Einfluss auf die institutionalisierte Staatlichkeit. Jede Regierung muss sich bei ihren Koalitionsparteien rückversichern, wenn sie ein politisches Vorhaben durchsetzen will. Also haben die Parteien eine Macht im Land, die von der Verfassung auch gewollt ist.

Deswegen gehört es zu einer wehrhaften Demokratie, dass die Parteien – das ist ganz entscheidend – ganz und gar auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung stehen. Das ist bei der NPD zweifellos nicht der Fall. Das war erkannt worden. Der Innenminister von Bayern und der Innenminister des Bundes haben dies erkannt und deshalb das Verbotsverfahren eingeleitet. Es findet meine ausdrückliche Billigung. Man kann im Blick auf „respece finem“ anderer Meinung sein. Man muss aber zubilligen – das haben auch Sie erklärt –, dass das Verbotsverfahren durchaus diskutabel ist. Es war nach meiner Auffassung richtig. Diese Auffassung hat offenbar auch das Bundesverfassungsgericht in seiner Mehrheit vertreten; drei Richter waren dagegen. Man kann diese Entscheidung kritisieren. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sind nicht sakrosankt.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Aber es geht darum, Herr Minister, dass eine solche Kritik mit Respekt erfolgt. Sie haben am letzten Sonntag – ich habe die Sendung gesehen – das Verfassungsgericht gewissermaßen in aller Öffentlichkeit abgestraft. Damit haben Sie den Bogen überspannt. Das kann sich ein Minister, der einer anderen Verfassungsinstitution angehört, nämlich der Regierung, gegenüber dem Bundesverfassungsgericht nicht leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es kommt entscheidend darauf an, dass die Verfassungsinstitutionen mit Respekt miteinander umgehen. Es ist nicht richtig gewesen, dass Sie das Gericht mit dieser Äußerung in solcher Weise kritisiert haben.

Die Verfassungsinstitutionen müssen insbesondere dem Verfassungsgericht mit Achtung begegnen.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Und umgekehrt!)

Das Verfassungsgericht hat sicherlich Macht. Es kann Entscheidungen aufheben. Es kann Gesetze als mit der Verfassung nicht im Einklang stehend aufheben. Es kann Parteien verbieten. Aber es hat keine Macht, seine Entscheidungen auch durchzusetzen. Es hat keinen Gerichtsvollzieher, keine Polizeigewalt und keine Militärgewalt. Es kommt also darauf an, dass die Entscheidungen des Verfassungsgerichts akzeptiert werden. Auch wenn man sie nicht billigt, müssen insbesondere die Verfassungsinstitutionen im Interesse unseres gesamten Verfassungsgefüges die Entscheidungen des Verfassungsgerichts akzeptieren. Daran darf kein Zweifel aufkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist nach meiner Auffassung aber am letzten Sonntag der Fall gewesen. Man musste den Eindruck haben, als würden Sie, Herr Minister, etwa wie folgt denken: Das Verfassungsgericht ist halt so ein Gericht. Das kann man mal kritisieren. Dabei kann man den Bogen auch überspannen. Da kann man mal eine hinschlagen.

(Sebastian Edathy [SPD]: Was heißt denn „eine hinschlagen“?)

Das war so aufzufassen. Sicherlich haben es auch viele im Land so verstanden.

Das Verfassungsgericht lebt fast nur von seiner Autorität. Das haben alle wichtigen Verfassungsrechtler versichert. Einer der wichtigsten, Konrad Hesse, hat dazu geschrieben: Es lebt von seiner Autorität. – Die Autorität darf nicht untergraben werden. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass die Akzeptanz steigt. Das haben Sie versäumt, Herr Minister. Jeder macht Fehler. Ich schließe mich Herrn Bosbach an und sage: Nehmen Sie Ihre Äußerung einfach zurück! Meine Güte! Es nützt doch nichts! Man kann sich doch mal korrigieren.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Cornelia Sonntag-Wolgast von der SPD-Fraktion.

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Niemand hat behauptet, dass die – gescheiterten – Anträge auf ein Verbot der NPD als einzige Waffe im Kampf gegen den Rechtsextremismus infrage kämen. Aber niemand sollte auch über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – mit drei von acht Stimmen – klammheimliche Freude empfinden, auch nicht die FDP.

Die NPD kämpft – das ist erwiesen – aggressiv gegen unsere Verfassung. Sie bedient sich der NS-Ideologien. Sie rekrutiert ihren Nachwuchs aus der Skinhead- und Neonaziszene. Das sollte Sie doch umtreiben und nicht eine leider eingetretene Prognose des Bundesinnenministers zu diesem Wahlsonntag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten die Wahlergebnisse vom vergangenen Sonntag weder dramatisieren noch beschönigen. Wir sollten uns auch davor hüten, rechtsextreme Bewegungen allein zum ostdeutschen Thema zu machen. Frust, Trotz, Desinformation und die Suche nach Sündenböcken sind Motive für Wahlentscheidungen, aber auch Geschichtslosigkeit und das Schwenden der Scham, sich antisemitischer, fremdenfeindlicher Parolen und Nazisymbole zu bedienen. Dass es an vielen Orten eine diffuse Jugendszene am äußersten rechten Rand gibt, muss uns eigentlich mehr Sorgen machen als die Prozentzahlen von NPD und DVU. Unsere Demokratie ist deswegen nicht aus den Fugen; aber es knirscht schon im Gebälk.

Was setzen wir dem entgegen, Herr Kollege Bosbach? Nicht lavieren, sondern standfest bleiben, Unbequemes beim Namen nennen, Beschlüsse und Gesetze erklären, zur Teilhabe ermuntern, Repression und Prävention gleichermaßen verstärken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es gibt Methoden, Skinheadkonzerte zu unterbinden, es gibt auch Strategien, Hassseiten im Internet zurückzudrängen, es gibt intelligente und phantasievolle Aktionen gegen Aufmärsche der Neonazis und Ewiggestrigen; man könnte fast auch von Ewigheitigen sprechen. Ich nenne als Beispiel aus jüngster Zeit die Initiative „Wunsiedel ist bunt, nicht braun“.

Prävention ist auch Sache der Schulen, Jugendzentren, Bildungsstätten und des Elternhauses. Prävention braucht auch Unterstützung. Seit 2001 hat diese Koalition Haushaltsmittel unter den Titeln „Xenos“, „Civitas“, „Entimon“ bereitgestellt. Die CDU/CSU hatte leider schon vor zwei Jahren die unselige Idee, diesen Programmen mit dem Hinweis auf ihre angebliche Wirkungslosigkeit den Geldhahn abzdrehen. Falschere Signale, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann es gar nicht geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)

Präventionsarbeit, Herr Kollege, ist keine Blitzkur, sondern braucht Hartnäckigkeit und einen langen Atem. Deshalb müssen wir alle gemeinsam auch angesichts knapper Kassen auf eine feste finanzielle und dauerhafte Basis für diese Aufgabe hinsteuern. Dazu sind auch die Länder aufgerufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies schreibe ich besonders ins Stammbuch Sachsens, das sich aus diesen Programmen heraushält.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt weiterhin das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“. Unter seinem Dach sind mittlerweile 1 000 Gruppen und Vereine quer durch die Republik vereint: Leute, die etwas tun, statt nur zu moseern, eine Allianz der Willigen ganz besonderer Art. Im Beirat des Bündnisses stützen und fördern wir solches Engagement, schreiben Wettbewerbe aus, schwärmen aus, um Preisträger zu loben und ihre Arbeit anzuerkennen. Vom multikulturellen Kinderzirkus bis zur Jugendfeuerwehr und zur Seniorengruppe reicht da das Spektrum. Schauen Sie sich in einmal Ihren Wahlkreisen

um, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie sich schlau; Sie finden solche Initiativen. Die brauchen Ihren Besuch, sie brauchen Ihren Respekt und Ihre Anerkennung. Im Beirat des Bündnisses sind übrigens alle Fraktionen dieses Bundestages mit einem Mitglied vertreten. Die CDU/ CSU glänzt seit Monaten durch Abwesenheit; auch die FDP ist leider selten anwesend. Das lässt sich, das muss sich, liebe Kollegen, ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ändern – das möchte ich zum Schluss als ehemalige Journalistin sagen – muss sich allerdings auch das Verhalten mancher Medien. Wer am Wahlabend einem NPD-Kandidaten das Mikrofon hinhält, ihm aber das Wort abschneidet, ehe er überhaupt zu einer Antwort ansetzen kann, muss sich wahrhaftig nicht wundern, wenn genau dieses Verfahren den Rechtsextremen wieder neue Anhänger zutreibt.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Ja, man muss es so sagen. – Hier sind die Medien gefordert, Leitlinien für ihren Umgang mit Rechtsextremen zu erarbeiten.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wer weiterhin – auch das gilt für einige Medien – jede Gelegenheit nutzt, das demokratisch gewählte Parlament zuschanden zu schreiben, der hat auch eine Mitschuld am Erstarken antidemokratischer Kräfte. Darüber sollten wir uns länger unterhalten, als es jetzt hier geschehen kann.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP-Fraktion.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Äußerungen, die Anlass für die heutige Aktuelle Stunde sind, mögen anders gemeint gewesen sein. Die interessierte Öffentlichkeit hat sie jedenfalls eindeutig verstanden.

(Beifall bei der FDP)

Sie hat sie als Schuldzuweisung an das Bundesverfassungsgericht und eben auch als Beschimpfung dieses höchsten Verfassungsorgans verstanden, das im Vergleich zu allen anderen Verfassungsorganen das größte Ansehen genießt. Eben dieses Vertrauen in die staatlichen Institutionen brauchen wir zur Entwicklung eines Verfassungspatriotismus.

Wie auch immer Sie, Herr Schily, es gemeint haben mögen: Die heutige Aktuelle Stunde ist eine gute Gelegenheit, diese Äußerungen in diesem Haus klarzustellen und zu korrigieren.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Wolfgang Bosbach [CDU/CSU])

Diese Einlassungen erwecken den falschen Eindruck, dass nach einem Verbot der NPD ausländerfeindliche, fremdenfeindliche und rechtsradikale Organisationen keinen Zulauf bekommen hätten.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir doch gar nicht gesagt!)

Das ist falsch und durch das Ergebnis der DVU in Brandenburg wie auch durch früheres Abschneiden der Republikaner auf regionaler und Landesebene widerlegt. Es ist auch gar nicht gesagt, dass nach einem Verbot der NPD nicht die DVU in Sachsen angetreten wäre und entsprechende Ergebnisse erzielt hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Denn es gab ja ein konzertiertes Vorgehen dieser Parteien, die sich die beiden Länder aufgeteilt haben, um einander nicht in die Quere zu kommen.

Es ist ganz entscheidend, den Vertretern dieser Parteien die Maske des Biedermanns, des gesellschaftlich Normalen vom Gesicht zu ziehen. Sie treten als Unternehmer, als Handwerker, als Bürokauffrauen auf und versuchen zu verbergen, dass sie gegen unser Gesellschaftsmodell kämpfen. Sie kämpfen gegen Demokratie, gegen Achtung und Schutz von Minderheiten, gegen Rechtsstaatlichkeit. Sie kämpfen gegen die Menschenwürde eines jeden Einzelnen, die er unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit und Herkunft hat, und damit gegen Toleranz. Diese Grundüberzeugungen prägen die DVU genauso wie die NPD.

Es war unsere Absicht, diese Aktuelle Stunde auch dazu zu nutzen, sich darüber auszutauschen und Gedanken zu machen, wie mit diesen Entwicklungen, die nicht ein Phänomen der letzten drei, vier Jahre sind, sondern die

wir seit vielen Jahren erleben, umzugehen ist und was wir gemeinsam dafür tun können, ihnen nicht noch mehr Raum zu geben.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt inzwischen an vielen Orten in Ostdeutschland und zum Teil auch in Westdeutschland so genannte national befreite Zonen, wo rechtsradikale Kameradschaften und Neonazigruppen sich breit machen. Dort hat man als junger Mensch zum Teil keine Chance, zum Sportverein zu gehen oder sich am Stammtisch niederzulassen, ohne sich mit diesen Menschen auseinander zu setzen, die gegen unsere Gesellschaft arbeiten und opponieren.

Gerade in diesem Milieu müssen die vielen Netzwerke gestärkt werden, die für unsere demokratische Kultur arbeiten. Ich kann nur einige nennen, die wir alle kennen: die Amadeu-Antonio-Stiftung, die Aktion „Bunt statt braun“ – Sie haben sie genannt –, die Freudenberg-Stiftung. Das Engagement der Zivilgesellschaft ist vorhanden und braucht Unterstützung – nicht nur, aber auch finanzielle Unterstützung vom Staat.

Diese Unterstützung gibt es, aber sie nimmt wirklich ab. Ein Blick in den Entwurf des Haushalts des Bundesinnenministeriums für 2005 zeigt, dass im Kapitel der Bundeszentrale für politische Bildung für die geistig-politische Auseinandersetzung mit Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und damit im Zusammenhang stehenden Gewaltphänomenen sowie für die Bekämpfung von Vorurteilen 1,3 Millionen Euro veranschlagt sind. Weitere Maßnahmen, so ist dort zu lesen, sind in anderen Haushaltstiteln enthalten. Sie erreichen aber nicht annähernd die Beträge, die für Umzüge, Neubauten und Investitionen eingesetzt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns über die richtige Prioritätensetzung Gedanken machen. Mit etwas mehr Geld kann viel mehr erreicht werden, als wir uns hier vorstellen können. Die Initiativen vor Ort sind da. Sie müssen Unterstützung nicht nur vom Land, sondern gerade auch von Bundesseite bekommen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Sebastian Edathy [SPD])

Ich möchte anmerken: Es wiederholen sich Rituale in der Politik.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Damit kommen wir nicht weiter. Nach Wahlentscheidungen wird kritisiert, es gebe ein Wiedererstarken von Rechtsextremisten und rechtsradikalen Gruppierungen. Dann folgt eine kurze Auseinandersetzung mit diesem Thema und danach ist es erst einmal vorbei. Nach ein paar Jahren wird mit der Debatte wieder angefangen.

Die FDP-Fraktion hat im Jahr 2000 im Bundestag einen Antrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgelegt. Seitdem hat keine Debatte über dieses Thema mehr stattgefunden.

(Zuruf von der SPD: Doch, natürlich!)

Den Aufstand der Anständigen muss es aber dauernd geben und nicht nur ein einziges Mal.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michael Hartmann [Wackernheim]
[SPD]: Sehr richtig!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Silke Stokar von Neuforn vom Bündnis 90/Die Grünen.

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch Dresden ist jetzt eine Landeshauptstadt mit Faschisten im Parlament. Das ist nicht allein das Problem des Landes Sachsen, sondern ein Problem aller Demokraten in Deutschland.

Ich halte es für richtig, bei der Betrachtung der Wählerinnen und Wähler, die NPD gewählt haben, zu differenzieren. Wir müssen uns aber auch mit den zwölf NPD-Abgeordneten auseinander setzen, bei denen wir nicht differenzieren können. Sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Sie sind weder arbeitslos noch haben sie eine schlechte Ausbildung. Bei ihnen handelt es sich beispielsweise um Ärzte und Unternehmer, also um Menschen, die in Sachsen in der Gesellschaft verankert sind. Zum Teil kommen sie aus Niedersachsen. Der sächsische Parteivorsitzende Apfel ist mir aus Hildesheim sehr wohl bekannt.

Ich möchte noch zur Rolle des Verfassungsschutzes in dem Verbotsverfahren eine Bemerkung machen. Ich hoffe, dass keiner dieser zwölf Abgeordneten jemals auf einer Gehaltsliste des Verfassungsschutzes gestanden hat.

Ich war, als es die Debatten um das NPD-Verbot gab, noch nicht Mitglied des Deutschen Bundestages.

(Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Das waren noch Zeiten!)

Ich habe damals gesagt: Wenn man zu der Einschätzung kommt, die damals dem Verbotsantrag zugrunde lag, nämlich dass die NPD gewaltorientiert ist, Gewalt verherrlicht, rassistisch ist und volksverhetzende Inhalte vertritt, dann ist es nicht eine Ermessensentscheidung, sondern eine Verpflichtung der Demokraten, den Versuch zu machen, ein Verbot durchzusetzen.

Ich möchte nicht verhehlen, dass mir von den drei Verbotsanträgen der Antrag des Bundestages am besten gefallen hat. Diesen Antrag hätte auch ich damals voll unterstützen können. Ich will Ihnen sagen, warum. Der Antrag des Bundestages war der einzige, der nicht auf Informationen der verschiedenen Verfassungsschutzämter zurückgegriffen hat. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Debatte in Niedersachsen. Insbesondere der damalige niedersächsische Innenminister hat neben dem bayerischen Innenminister Beckstein die Bundesebene geradezu gedrängt, einen Verbotsantrag einzubringen. Es wurde versichert, dass es in den Ländern genug Material für einen Verbotsantrag gibt.

Als wir im Niedersächsischen Landtag nachgefragt haben, mussten wir allerdings feststellen, dass der Innenminister schlecht informiert war und dass die Informationen des Verfassungsschutzes nur scheibchenweise an das Parlament weitergeleitet wurden. Wir mussten uns damit auseinander setzen, dass fast täglich ein neuer V-Mann in der NPD aufgedeckt wurde. Irgendwann sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass der Vorstand der NPD zur Hälfte aus Leuten bestand, die in irgendeiner Weise vom Verfassungsschutz bezahlt wurden. An dieser Situation hat nicht nur einer Schuld. Wir alle müssen uns nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren Gedanken machen, ob die Strukturen des Verfassungsschutzes heute noch richtig sind oder ob wir nicht sehr umfangreiche Debatten über eine Neuordnung führen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Ihr wolltet ihn ja immer abschaffen!)

Ich gebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger Recht, die einen neuen und anhaltenden Aufstand der Anständigen fordert. Ich möchte hier aber auch sagen, dass es, seitdem es die rot-grüne Bundesregierung gibt, zum ersten Mal auf Bundesebene so etwas wie eine Verstärkung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gibt. Es gibt das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“. Wir haben zusammen mit Civitas zahlreiche Projekte ermöglicht; das wurde bereits angesprochen. Über Civitas hinaus ist es gerade der Bund, der in den Ländern Projekte gegen rechte Gewalt finanziert. Ich bedauere, dass Sie im Land Sachsen mit daran beteiligt gewesen sind – ich habe all diese Projekte in den vergangenen Jahren besucht –, diesen Projekten die finanziellen Mittel zu entziehen.

Ich denke, dass wir uns einigen sollten. Nur das kann die Antwort sein. Ich hätte mir nicht so schnell eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema gewünscht. Ich hätte mir gewünscht, dass sich der Bundestag so verhält, wie er das in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus getan hat, dass wir uns zusammengesetzt und gefragt hätten: Wo liegen die Gemeinsamkeiten? Wie können wir mit einer gemeinsamen Entschließung eine Antwort auf den Rechtsextremismus geben?

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Sie haben das Thema völlig verfehlt!)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Wir sollten uns verständigen und uns darin einig sein, dass die Streichung der Mittel für die Projektarbeit gegen rechte Gewalt

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Das war ein Beitrag zur Haushaltsdebatte! Aber die Haushaltsdebatte war in der letzten Sitzungswoche!)

und die Senkung der Mittel für andere in diesem Zusammenhang wichtige Bereiche falsch sind. Die Fraktionen sollten im Haushalt 2005 ein anderes Signal setzen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bundesinnenminister Schily hat das Verfassungsgericht dafür verantwortlich gemacht, dass die NPD heute im Sächsischen Landtag sitzt.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Das hat er nicht gesagt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Als ich diese Meldung der Agenturen las, fragte ich mich: Was ist das? Hat einer der wichtigsten Bundesminister, der Bundesinnenminister, einen Blackout? Leidet er an Erinnerungsschwäche oder ist das nur ein typischer Otto Schily in Zuspitzung?

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Sie können es besser!)

Denn es gab einen Hauptverantwortlichen dafür – wir sollten uns daran erinnern –, dass das NPD-Verbotsverfahren so ausgegangen ist, wie es ausgegangen ist: Es wurde eingestellt. Zur Erinnerung: Am Anfang stand eine gemeinsame Verbotsklage des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung. Die erste Klageschrift der Bundesregierung war schlecht; auch darüber haben wir miteinander debattiert. Dann wurde auf Bundesebene und in mehreren Bundesländern eine V-Mann-Affäre nach der anderen ruchbar. Schließlich waren die Alternativen übersichtlich: Entweder werden die V-Leute in der NPD gedeckt, dann droht das Verbotsverfahren zu scheitern. Oder man will, dass das Verbotsverfahren zu Ende geführt und in der Sache entschieden wird, dann musste das Agieren der V-Leute vor Gericht belegt werden. Bundesinnenminister Otto Schily und seine Länderkollegen, zum Beispiel Herr Beckstein und Herr Schönbohm, entschieden sich damals für die V-Leute und damit gegen die Fortführung des NPD-Verbotsverfahrens.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die aktuelle Debatte und das Zitat ärgern mich aber noch aus einem anderen Grund: Sie verkürzen den Kampf gegen den Rechtsextremismus auf ein Gerichtsurteil und auf eine Hülle.

(Beifall der Abg. Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Davon kann doch nicht die Rede sein!)

Richtig ist: Die NPD genießt im Moment als Partei Privilegien. Ebenso richtig ist: Gäbe es die NPD als Partei nicht, dann hätte sie auch nicht in den Sächsischen Landtag gewählt werden können.

(Zurufe von der SPD: Genau! Sehr richtig!)

Aber um das zu erkennen, muss man nicht Bundesminister sein. Entscheidend ist: Der NPD und den anderen rechtsextremen Parteien, Kameradschaften und Vereinen muss der Nährboden und die Gefolgschaft entzogen werden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das ist die eigentliche demokratische Herausforderung an die Zivilgesellschaft.

(Sebastian Edathy [SPD]: Genau! Da sind wir uns einig!)

Deshalb möchte ich Ihnen hier im Plenum einen Vorwurf nicht ersparen: Die NPD und die PDS wurden in der vergangenen Haushaltsdebatte, aber auch in der aktuellen Auseinandersetzung beispielsweise um Hartz IV von fast allen Fraktionen in einen Topf geworfen.

(Sebastian Edathy [SPD]: Von wem? Von uns nicht!)

Damit haben Sie die Menschen, die im KZ gesessen haben und jetzt der PDS nahe stehen, schwer beleidigt und die NPD in den Auseinandersetzungen verharmlost. Das wichtige Bündnis der Anständigen und Zuständigen, wie es noch vor wenigen Jahren hieß, ist dadurch gefährdet. Ich finde, so kurzfristig darf man auch in Wahlkampfzeiten und harten politischen Kontroversen nicht denken.

Insofern sollten wir, wenn es um die Schlussfolgerung geht, nicht nur den Aufstand der Anständigen heraufbeschwören, sondern uns als Zuständige nicht nur, aber auch in den Haushaltsberatungen zu dieser Verantwortung bekennen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Sebastian Edathy von der SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sonntag war kein guter Tag für die Demokratie in Deutschland. Das erste Mal seit 36 Jahren ist mit der NPD die wohl radikalste Partei im rechtsextremistischen Spektrum der Bundesrepublik wieder in einen Landtag gewählt worden.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger, ich bin Ihnen für Ihren Wortbeitrag sehr dankbar, weil Sie damit den Eindruck zurechtgerückt haben, der bei der Rede von Herrn Westerwelle entstehen musste. Es kann doch nicht ernsthaft sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir drei Tage nach einem solchen Wahlergebnis, das uns als Demokraten nicht unberührt lassen kann, Schuldzuweisungen vornehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, dass wir hier Kleinkariertheit an den Tag legen. Wir sollten vielmehr eine Debatte über die Konsequenzen aus dem, was dort geschehen ist, führen.

(Markus Lönig [FDP]: Deswegen haben wir eine Aktuelle Stunde beantragt!)

Ganz kurz etwas zu dem, was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, als Kritik äußern: Natürlich ist die Feststellung, dass im Falle eines Verbotes der NPD diese nicht in einen Landtag hätte gewählt werden können, richtig.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Lesen Sie das Zitat doch noch einmal vor!)

Ich weiß nicht, was daran zu kritisieren ist, wenn der Bundesinnenminister eine solche, logische Feststellung trifft. Es gibt etwas, das uns viel mehr beschäftigen muss als dieser untergeordnete Nebenaspekt, wie er im Titel dieser Aktuellen Stunde zum Ausdruck kommt, zumal das Scheitern des Verbotsverfahrens schon anderthalb Jahre her ist. Vielleicht wäre dieses Thema damals eher geeignet gewesen für eine Aktuelle Stunde als am heutigen Tage. Wir haben uns nicht mit der Frage zu beschäftigen, ob es bedauerlich oder weniger bedauerlich ist, dass das Verbotungsverfahren gescheitert ist. Die FDP hat ja von vornherein die Position vertreten, man möge die Auseinandersetzung mit der NPD nicht über ein Verbotungsverfahren führen, sondern auf politischer Ebene. Die Frage, mit der wir uns beschäftigen müssen, ist doch: Wie bekommen wir alle gemeinsam als Demokratinnen und Demokraten es hin, dass bei einer Landtagswahl 9 Prozent der Wählerinnen und Wähler nicht einer Partei, von der bekannt ist, dass sie antidemokratisch ist, ihre Stimme geben?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Insofern will ich das, was Frau Leutheusser-Schnarrenberger gesagt hat, gerne aufgreifen. Wenn wir uns die Wahlergebnisse und die Analysen dazu anschauen, dann stellen wir fest, dass sie eines sehr deutlich gezeigt haben: Die Einschätzung, der Rechtsextremismus in Deutschland werde im Wesentlichen von den Ewiggestrigen, von bildungsfernen Schichten und Randgruppen der Gesellschaft getragen, ist falsch. Es sind ganz überwiegend junge Menschen, die einer antidemokratischen, einer antiparlamentarischen Partei ihre Stimme gegeben haben: in Brandenburg der DVU, in Sachsen der NPD. Allerdings macht mir die Entwicklung in Sachsen in der Abwägung mehr Sorgen, weil die NPD in diesem Bundesland ein Fünftel ihrer Mitglieder hat, weil sie bei Kommunalwahlen bereits sehr gut abgeschnitten hat und weil sie es hinbekommen hat – übrigens durchaus ähnlich der historischen Entwicklung bei der NSDAP –, Vertreter der Mittelschicht als Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen.

Wenn wir feststellen, dass eine solche Partei gerade bei jungen Menschen Zuspruch findet, dann müssen wir uns und der Öffentlichkeit die Frage beantworten, wie wir es hinbekommen, das demokratische Denken in den Köpfen insbesondere Heranwachsender stärker zu verankern, dafür zu sorgen, dass in der Politik und der Bildungspolitik, auch bei der Unterstützung von demokratischen Initiativen, ein Grundsatz stärker berücksichtigt wird, der da lautet: Demokratie lässt sich nicht vererben; Demokratie – das sage ich sehr offen, auch mit Blick auf die neuen Bundesländer – lässt sich auch nicht ohne weiteres übertragen. Vielmehr muss Demokratie erlernt werden, von jeder Generation aufs Neue.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Da heißt es natürlich, zu schauen, dass in den Schulen und im Bereich der politischen Bildung dafür Sorge getragen wird. Wir müssen gerade auf Kommunen achten, in denen es demokratische Jugendliche schwer haben, sich gegen einen rechtslastigen Mainstream durchzusetzen. Das heißt übrigens auch für uns Demokraten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und CSU, dass es natürlich keine Strategie sein kann, Rechtsradikale dadurch zu bekämpfen, dass man sich einen Teil ihrer Positionen zu Eigen macht. Wir müssen uns klar abgrenzen. Es darf da keine Zweideutigkeiten geben; vielmehr muss es Eindeutigkeit geben.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Uns kann er nicht meinen! Ich weiß nicht, wen er meint!)

Deswegen ist meine große Bitte, hier an dieser Stelle und in dieser Debatte, dass wir uns nach Ende der Aktuellen Stunde mit Schuldzuweisungen im Zusammenhang mit dem Umgang mit dem Rechtsextremismus zurückhalten und stattdessen gemeinsam Strategien entwickeln, wie wir als Demokraten Rechtsextremisten zurückdrängen können, um diese Demokratie dauerhaft zu sichern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Thomas Strobl [Heilbronn]
[CDU/CSU]: Hat er auch was zum Thema gesagt?)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Günter Baumann von der CDU/CSU-Fraktion.

Günter Baumann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wahlerfolg der NPD vom vergangenen Wochenende in Sachsen kam nicht vollkommen unerwartet. Bereits bei den Kommunal- und Europawahlen im Juni hatten die rechten Parteien in Sachsen zusammen 6,7 Prozent erreicht, in einigen Kommunen lag der Wert wesentlich höher.

Der Schock bei allen Demokraten darüber sitzt tief, dass trotz intensiver Aufklärungsarbeit in den letzten Wochen vor der Wahl insbesondere Jugendliche auf die braunen Stimmenfänger hereingefallen sind. Von der Wahl geht ein negatives Signal für Sachsen und auch für Deutschland aus. Die internationale Presse – Sie haben es alle verfolgt – hat auf den Titelseiten intensiv darüber berichtet. Das positive Ansehen, das Sachsen eigentlich aufgrund der Wirtschaftspolitik in der letzten Zeit hatte, ist damit ein ganzes Stück zunichte gemacht worden. Wir alle in Berlin haben es vor wenigen Tagen erlebt, dass der Ministerpräsident von Sachsen aufgrund der Wirtschaftsdaten der letzten zwei Jahre zum Ministerpräsidenten des Jahres erklärt wurde. Ohne in Panik zu verfallen, müssen wir eine selbstkritische und offene Ursachenanalyse vornehmen.

Herr Bundesminister Schily, Sie haben bereits vor der Wahl am vergangenen Sonntag mit der Ursachenforschung begonnen und das Bundesverfassungsgericht für einen Einzug der Rechtsextremen in den Sächsischen Landtag verantwortlich gemacht. Das war, glaube ich, kein Beitrag zur Ursachenforschung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der NPD-Verbotsantrag ist schließlich im März 2003 an Verfahrensfehlern gescheitert, die Ihr Haus selbst mit zu verantworten hat. Aus der damaligen mangelhaften Abstimmung zwischen Bund und Ländern, insbesondere der fehlerhaften Abstimmung zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesämtern, hätten Sie als Verfassungsminister längst Konsequenzen ziehen müssen.

Den Verfahrensfehlern zum Trotz war der Verbotsantrag inhaltlich gut begründet und hat den Nachweis der verfassungsfeindlichen Bestrebungen der NPD, ihres Antiparlamentarismus und des Rassismus erbracht.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Richtig!)

Dennoch kommen mir persönlich heute Zweifel, ob das Verbotungsverfahren prinzipiell eine angemessene Strategie gegen die NPD gewesen ist. Die Kehrseite war doch – wie auch schon bei der ersten Verbotsdiskussion 1968 – die außerordentliche Aufmerksamkeit der Medien, die die NPD plötzlich bekam.

Ich werfe diese Frage besonders deshalb auf, weil ich während des sächsischen Wahlkampfes das Gefühl hatte, dass die NPD nicht unerheblich von der Berichterstattung und der öffentlichen Diskussion über diese Partei profitiert hat.

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Aber nicht vom Urteil!)

– Ich bringe dazu ein Beispiel, Frau Abgeordnete.

So hat die Sendung „Tagesthemen“ am 6. September von einer NPD-Kundgebung in meiner Heimatstadt Annaberg-Buchholz berichtet. Es handelte sich um einen mehrminütigen Hauptbeitrag, durch den die NPD-Demo auf dem Annaberger Marktplatz zu einem Ereignis von nationalem Nachrichtenwert wurde. Der Tenor des Beitrages war: NPD in Sachsen auf dem Sprung in den Landtag. Diese Aussage wurde durch ein Interview mit drei NPD-Anhängern unterstrichen.

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Aber es geht doch nicht um Karlsruhe!)

Durch einen Anruf in meinem Wahlkreisbüro konnte die Sache aufgeklärt werden: Maximal zehn NPD-Anhänger hatten sich versammelt und maximal 20 Bürger, die vorbeigingen, waren als Zuhörer stehen geblieben. Darüber hätte man eigentlich nicht berichten müssen. Aber durch diese Form der Berichterstattung wurde die Aufmerksamkeit für diese Partei künstlich in die Höhe getrieben.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Wollen Sie das jetzt totschweigen? Oder wie soll ich Sie jetzt verstehen?)

Damit hat sie – gewiss ungewollt; das ist vollkommen klar – Werbung bei all denjenigen betrieben, die nach einem radikalen Angebot suchten.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Wo ist denn der Aufstand der Anständigen geblieben?)

Ich komme zu einer weiteren Ursache des NPD-Erfolgs in Sachsen. Warum haben so viele Menschen ihre Stimme einer Partei gegeben, die keine sachpolitischen Lösungen, sondern nur Hass auf unsere Republik anbietet? Der größte Teil der NPD-Wähler in Sachsen – nehmen Sie das bitte zur Kenntnis – ist nicht rechtsextrem, sondern er hat mit seiner Stimme seinen Unmut und seine Wut zum Ausdruck gebracht.

Diese Wut hat in Sachsen einen ganz konkreten Namen: Hartz IV. Durch Hartz IV wurde im Osten, ganz speziell bei Langzeitarbeitslosen, ein Gefühl der Stagnation und Aussichtslosigkeit hervorgerufen, das nun seine Spitze erreicht hat. Ich sage ganz deutlich: Wenn ich von Hartz IV spreche, dann meine ich nicht das Gesetz, sondern die Art und Weise, wie in der Öffentlichkeit über seinen Inhalt diskutiert wurde und wie seine Umsetzung im Osten erfolgt.

Die Informationspolitik der Bundesregierung zu Hartz IV war ein einziges Desaster.

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Das ist doch kein Grund, NPD zu wählen!)

Dieses Desaster wiederum war die Voraussetzung dafür, dass andere ihr Geschäft mit der Panik betreiben konnten. Zu diesem Kreis zählen für mich einige Medien sowie Links- und Rechtsextreme. Hieraus müssen wir eindeutige Konsequenzen ziehen, Reformen frühzeitig und besser erklären und vor allem den neuen Ländern arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch endlich wieder eine Perspektive geben. Nur das ist eine angemessene Antwort auf den NPD-Erfolg vom letzten Sonntag, nicht aber eine Richterschelte, Herr Bundesinnenminister.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der SPD: Das ist aber zu einfach!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Michael Hartmann von der SPD-Fraktion.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meiner Ansicht nach ist die Fragestellung dieser Aktuellen Stunde, die von der FDP aufgeworfen wurde, fragwürdig;

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Sehr fragwürdig!)

denn es kann doch in der jetzigen Situation, die wir gemeinsam erleben und erleiden, nicht darum gehen, Vorwürfe an den Bundesinnenminister zu formulieren.

(Beifall bei der SPD – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Aber auch nicht an das Verfassungsgericht! Nicht Ursache und Wirkung verwechseln!)

Wir müssen vielmehr gemeinsam besorgt sein über den Einzug der Rechten in die Landtage.

Sehr geehrter Herr Bosbach, sehr geehrter Herr Baumann, aus Ihren Worten war, wenn man Ihr Geplänkel, das meinethalben auch dazu gehören mag, außer Acht lässt, Besorgtheit und Nachdenklichkeit zu spüren. Diesen Faden möchte ich gerne aufnehmen; denn es stünde uns allen gut zu Gesicht, in der jetzigen Situation nicht zu verharmlosen oder zu dramatisieren und keinen Popanz aufzubauen, sondern ein gemeinsames demokratisches Signal gegen rechts zu setzen. Das ist das Erfordernis der Stunde.

(Beifall bei der SPD – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Gegen was?)

– Gegen rechts.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Gegen Rechtsradikal, aber nicht gegen rechts! – Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Und nicht gegen links?)

Lieber Herr Strobl, man muss sich wirklich überlegen – das meine ich sehr ernst –, ob wir mit einer Fragestellung und Debatte wie dieser nicht jenen einen Gefallen tun, gegen die wir gemeinschaftlich antreten.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Sie verwechseln Ursache mit Wirkung!)

Lassen Sie diese Frage doch einmal einen Moment im Raum stehen und denken Sie darüber nach. Dass wir uns damit beschäftigen müssen, ist klar. Klar und wahr ist übrigens auch: Wenn die NPD verboten wäre, hätte sie bei dieser Wahl nicht antreten, ihre Erfolge nicht erzielen und keine Steuergelder einheimsen können.

(Beifall bei der SPD)

Wahr ist auch, lieber Herr Baumann: Wenn die NPD keine erlaubte Partei mehr wäre, dann hätte sie jetzt auch keinen Mitgliederanstieg zu verzeichnen. Die Anzahl der Mitglieder war ja, während wir über das Verbotverfahren diskutiert haben, erheblich zurückgegangen. Jetzt sind sie wieder bei fast 8 000 Mitgliedern, 800 davon in Sachsen. All diese Entwicklungen konnten doch nur eintreten, weil wir leider bei einem Minderheitenvotum des Verfassungsgerichts nicht Einhalt geboten haben.

(Zuruf von der FDP)

Hinzu kommt – auch das ist wahr –, dass mit der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes ein Parteienverbot überhaupt sehr viel schwieriger geworden ist. Das war auch in der Kommentierung des Urteils durch Sie, meine Damen und Herren von der Union, zu hören.

(Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Es gibt kein Urteil!)

– Sie haben Recht: Es war kein Urteil. Aber Sie wissen, dass die Hürden, die das Verfassungsgericht für ein Parteienverbot und vielleicht auch ein Organisationsverbot aufgestellt hat, jetzt sehr viel höher, vielleicht zu hoch liegen. Das muss uns besorgt machen.

Wahr ist ein Weiteres: Die Rechten hatten jetzt Erfolge in Sachsen und in Brandenburg. Aber es gab auch eine Wahl im Saarland: Da ist die NPD bei beachtlichen 4 Prozent gelandet, also knapp vorbeigeschrammt am Einzug in den saarländischen Landtag.

Was sagen Sie zu dem, was der bayerische Innenminister Beckstein laut „Focus“ erklärt hat?

Nur weil vor dem Bundesverfassungsgericht die Verbotsanträge scheiterten, kann die NPD überhaupt noch auf Stimmenfang gehen.

Also, meine Damen und Herren: Die Selbstgerechtigkeit sollten wir uns schenken, die anderen kritisieren, den Balken im eigenen Auge aber nicht sehen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU)

Worauf es ankommt, wurde mehrfach gesagt: Es geht darum, die NPD politisch zu bekämpfen, und es geht darum, damit umzugehen, dass diese Parteien sich nun auch noch erdreisten, in einem Bündnis eine Kandidatur für den Bundestag anzustreben. Wenn wir einmal genau schauen, wer diese Figuren, die wir auf der Straße und jetzt leider auch in den Parlamenten sehen, finanziert, kommen wir sehr schnell wieder zu einer Debatte über unsere nachrichtendienstlichen und polizeilichen Mittel. Denn manches, was uns allen beim NPD-Verbots-Verfahren nicht gefallen hat, hängt damit zusammen, dass unsere Sicherheitsarchitektur in Deutschland da und dort nicht so ist, wie wir alle es uns wünschen würden. Auch diese Frage muss erlaubt sein und muss gestellt werden.

Es geht also darum, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere der FDP, erstens wehrhaft zu sein – wir brauchen eine wehrhafte Demokratie, das zeigen die Wahlergebnisse – und zweitens den demokratischen Konsens zu suchen. Deshalb sind sich wie so oft – manchem zur Freude, manchem zum Leid – der Bundesinnenminister und der bayerische Innenminister anscheinend einig in ihrer Bewertung: Wichtig ist, dass wir aus unserer Verantwortung heraus nicht öffentliche Aufgeregtheiten schaffen oder hochpusten, sondern wehrhaft und mit demokratischer Entschlossenheit gegen die rechten Parteien in den Landtagen und außerhalb der Landtage vorgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Thomas Strobl [Heilbronn]
[CDU/CSU]: Gegen die Linksextremen auch!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dorothee Mantel von der CDU/CSU-Fraktion.

Dorothee Mantel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wahlergebnisse des vergangenen Sonntags sind heute bereits aus den verschiedenen Blickwinkeln betrachtet worden. Wir alle sind uns darüber einig, dass dieses Wahlergebnis eine Herausforderung für die Demokratie ist. Wählerschelte ist hier fehl am Platz. Wir müssen nicht nur nach den Ursachen forschen, sondern diese auch abstellen. Das Wahlergebnis der DVU, der NPD und der PDS drückt nicht den Zuspruch für diese Parteien aus, sondern es drückt vielmehr den Protest der Menschen gegen die augenblickliche Politik aus. Eine aktuelle Zahl, die ich hier nennen möchte: 86 Prozent aller Stimmen für die NPD kamen von Protestwählern. Insbesondere viele junge Menschen in Sachsen und in Brandenburg haben sowohl die rechtsextremen Parteien als auch die linksextreme PDS dazu genutzt, ihren Protest zu äußern.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Muss dauernd diese Gleichsetzung sein, muss das immer sein?)

Genau das sollte uns Sorgen machen: dass sich junge Menschen für diese Form des Protests entschieden haben.

Eine Erkenntnis des Wahlergebnisses muss deswegen sein, dass NPD und DVU nicht mehr ausschließlich Altnazi-Parteien sind: Beide Parteien ziehen ihre Wählerschaft als Protestparteien aus allen Alters- und Gesellschaftsschichten. So kam die NPD bei den Erstwählern auf erschreckende 20 Prozent, die PDS auf 17 Prozent. Auch in Brandenburg sieht man ein ähnliches Bild: Bei den Erstwählern erreichte die DVU 15 Prozent, bei den unter 30-Jährigen 14 Prozent.

Wir müssen daher härter an uns und an der Art arbeiten, wie wir Politik vermitteln und wie wir vor allem junge Menschen für unsere Politik begeistern können. Das gilt für alle Parteien gleichermaßen. Als aktive Politiker ist es nämlich unsere Aufgabe, ein Vorbild auch dahin gehend abzugeben, dass Politik in etablierten Parteien die einzig sinnvolle Alternative ist, sich politisch zu engagieren. Am erfolgreichsten war die NPD bei jüngeren, politisch wenig aufgeklärten Wählern. In dieser Gruppe erreichte die NPD ein Ergebnis von 26 Prozent. Daher ist es an uns, dass wir diesen jungen Menschen eine andere Perspektive bieten, als sich solchen extremen Parteien zuzuwenden.

An dieser Stelle möchte ich auf die politische Bildung eingehen, die meines Erachtens so früh wie möglich einsetzen muss. Schon im Kindergarten sollte das Lernen von Toleranz und Einsatzbereitschaft selbstverständlich sein. Dabei sind natürlich zuallererst die Familien gefordert. Die Eltern müssen ein Vorbild für ihre Kinder sein und den Kindern diese Eigenschaften vorleben, um sie später für die Politik begeistern zu können. Dieses Engagement der Eltern sollte aber mit der schulischen Bildung Hand in Hand gehen.

In meinem Landkreis gibt es sehr viele Lehrer – egal ob in Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien oder auch schon in Grundschulen –, die es sich zum Ziel gesetzt haben, jedes Jahr ein Schulprojekt gegen Extremismus gleich welcher Art, gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen Gewalt anzubieten und durchzuführen. An dieser Stelle möchte ich allen engagierten Lehrern und allen engagierten Eltern herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unter anderem durch diese Arbeit wird die Konfliktfähigkeit geschult und Mut gemacht, Zivilcourage zu zeigen. Nur so wird jungen Menschen bewusst, was für ein demokratisches und tolerantes Land wir sind und was uns auszeichnet.

Ich glaube, allen ist bewusst, dass demokratische Parteien ihre Vergangenheit aufarbeiten sollten. Die PDS sollte genauso wenig wie die rechtsextremen Parteien nicht in der Vergangenheit leben. Deswegen ist es an dieser Stelle wenig hilfreich, wenn diese Parteien durch Koalitionen aufgewertet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Silke Stokar von Neuform [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Blockparteien ist es aber auch etwas schwierig!)

Im Gegensatz zu uns, die wir uns klar von den Rechtsradikalen distanzieren, erwägen Sie, namentlich Bundestagspräsident Wolfgang Thierse,

(Sebastian Edathy [SPD]: Er distanziert sich von den Rechtsradikalen!)

einen erneuten Pakt mit der linksextremen PDS einzugehen.

(Zurufe von der SPD)

So machen Sie diese Partei salonfähig, die immer noch Probleme mit der deutschen Einheit hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sebastian Edathy [SPD]: Ach, Mensch!)

– Sie können die Wahrheit nicht vertragen; das ist es.

(Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Schauen Sie erst einmal durch!)

– Ich weiß, dass es wehtut, wenn man den Bundestagspräsidenten an dieser Stelle anspricht.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Ein dummer Vergleich tut weh!)

Es kann meines Erachtens aber nicht angehen, dass hier schon wieder versucht wird, mit der PDS zu koalieren und sie salonfähig zu machen. Alle SPDler, die dieser Ansicht sind, sollten sich schämen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Schämt euch!)

Wir alle müssen versuchen, junge Menschen einzubinden, damit sie nicht links- oder rechtsextrem wählen. Wir müssen versuchen, das Verbreiten des Gedankenguts dieser extremen Parteien zu verhindern, bevor sich diese politische Einstellung in den Köpfen verfestigt. In den Ergebnissen der jüngsten Wahlen liegt die Gefahr, dass eine junge Generation nur die Möglichkeit sieht, sich durch extreme Parteien auszudrücken. Darin liegt für uns alle aber auch eine Chance; denn diese jungen Menschen sind noch begeisterungsfähig und sie werden ihre Meinung ändern, wenn wir ihnen eine echte Alternative bieten.

Es ist unsere Aufgabe, diese jungen Menschen zurückzugewinnen, ohne aber, wie gesagt, einen Pakt mit Extremisten einzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Bundesminister Otto Schily.

Otto Schily, Bundesminister des Innern:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Die FDP hat mich hier im Hohen Hause so oft gelobt,

(Markus Löning [FDP]: Was? Wann war das denn?)

dass ich es verstehen kann, dass sie das irgendwann einmal kompensieren will und sich in Kritik an dem Bundesinnenminister versucht.

Meine Aussagen in der „Financial Times“ wurden hier mehrfach kundgetan. Einer hatte die Lebenswürdigkeit, sie hier zu verlesen.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Das war besonders intelligent!)

Ich muss Ihnen die Frage stellen: Was ist, wenn man logisch denkt, an dieser Feststellung falsch?

Dass das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung gefällt hat, durch die das Parteiverbot nicht zustande kommen konnte, ist eine schlichte Tatsache; das kann man nicht bestreiten. Dass es auf diese Weise der NPD ermöglicht worden ist, in den Landtag einzuziehen, ist auch eine schlichte Tatsache; das kann man ebenfalls nicht bestreiten. Man kann schließlich nicht gegen die Fakten argumentieren. Dass diese Entscheidung problematisch ist, können Sie schon deshalb nicht bestreiten, weil die Mehrheit des Senats die Minderheitsmeinung sehr scharf kritisiert hat. Ich empfehle Ihnen, dies in der Entscheidung nachzulesen.

Das Bundesverfassungsgericht hat es auf diese Weise nicht vermocht, die Gründe, die für das Verbot der antisemitischen und verfassungsfeindlichen Partei NPD sprechen, sachlich zu prüfen. Dazu muss ich Ihnen ein Zitat, das schon mein Kollege Hartmann gebracht hat, das aber leider etwas unterging, noch einmal vorlesen:

Nur weil vor dem Bundesverfassungsgericht die Verbotsanträge scheiterten, kann die NPD überhaupt noch auf Stimmenfang gehen.

Das ist nicht original Otto Schily, sondern original Günther Beckstein, CSU. Warum hat Herr Bosbach denn keine Silbe zu diesem Zitat verloren, wenn er meint, sich hier darüber aufplustern zu müssen, dass meine Worte den Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht vermissen ließen?

(Beifall bei der SPD)

Herr Geis ist nicht mehr da. Er hat sich entschuldigt, das ist in Ordnung. Der Bundesinnenminister muss ja immer die meiste Zeit haben.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

– Er hat sich entschuldigt, darüber brauchen wir nicht mehr zu reden. Ich habe kein Problem damit, lassen Sie es doch dabei bewenden. – Schauen Sie einmal in den Archiven nach, was Sie zu bestimmten Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes alles von sich gegeben haben. Da ist dann vielleicht der Ausdruck Beschimpfung angebracht. Aber wenn Sie, liebe FDP, bei meiner ganz nüchternen Aussage von einer Beschimpfung reden, dann haben Sie sich vergaloppiert. Ich nehme Ihnen das nicht weiter übel. Auch Sie dürfen sich einmal vergaloppieren.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Wie großzügig!)

Sie sollten sich aber davor hüten, sich ungewollt – ich betone: ungewollt – an die Seite des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt zu begeben, der Ähnliches von sich gibt.

Wir können das NPD-Verbotsverfahren bei anderer Gelegenheit – ich komme gerne in den Innenausschuss – noch einmal erörtern. Sie haben mir pauschal vorgeworfen – Herr Westerwelle hat hier mächtig auf die Pauke gehauen –, das Verbotsverfahren sei schlampig und dilettantisch vorbereitet worden. Ich frage Sie: Wo war das denn der Fall?

(Sebastian Edathy [SPD]: Er hat es nicht gelesen!)

Ich habe nur die Begründung des Verbotsantrages zu verantworten, den die Bundesregierung gestellt hat. Ich frage Sie wirklich ganz konkret; ich komme im Innenausschuss gerne darauf zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Max Stadler [FDP])

– Herr Stadler, wir können gern darüber reden, ich werde Sie daran erinnern. Wir können auch gern in der Öffentlichkeit stundenlang darüber debattieren. Dabei werden Sie entdecken: Wir haben bei diesem Verbotsantrag keinen einzigen Fehler gemacht.

(Dr. Max Stadler [FDP]: In der Prozessführung!)

– Ich bin für die Prozessführung anderer Beteiligten nicht verantwortlich. Ich bin auch nicht der Oberherr der Landesämter für Verfassungsschutz; auch das muss ich einmal sagen. Ich habe einmal den Vorschlag gemacht, den Verfassungsschutz dem Bund zu unterstellen. Das haben Sie aber sofort abgelehnt.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich fand ihn gut! – Gegenruf des Abg.

Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Bei den Grünen war große Begeisterung!)

– Ich war dafür, Herr Strobl. Ich bin der Meinung, dass die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, sprich: das Grundgesetz, eine Bundesangelegenheit sind. Wir können in der Föderalismuskommission gerne darüber reden, den Schutz der Ordnung in die Bundesverantwortung zu übernehmen.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Sie müssen mit den Grünen reden! Mit Frau Stokar müssen Sie reden!)

– Auch Frau Stokar hat in ihrer Rede ein paar merkwürdige Passagen gehabt. Aber damit will ich mich jetzt nicht auseinander setzen. Frau Stokar, darüber müssen wir bei Gelegenheit miteinander reden.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

– Wir in der Koalition sind immer im lebhaften Gespräch miteinander. Dadurch langweilen wir uns nicht.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Das Leben soll ja auch Spaß machen!)

Eine Kleinigkeit, die Ihnen vielleicht verdeutlicht, dass die Minderheitsmeinung im Senat wirklich auf dem Holzweg war: Es ist nämlich die Behauptung aufgestellt worden – für Ihre Meinungsbildung hat das offenbar eine Rolle gespielt –, in die NPD seien Verfassungsschutzagenten eingeschleust worden. Daran ist nicht ein Wörtchen wahr. Man hat vielmehr nur versucht, von den NPD-Angehörigen Informationen zu erhalten. Das muss der Verfassungsschutz tun. Die Minderheitsmeinung hat uns vor die fatale Wahl gestellt, entweder zu versuchen, ein Parteienverbot ohne Beobachtung durchzusetzen – dann wird uns das Bundesverfassungsgericht vielleicht vorwerfen, wir hätten nicht genügend Material – oder zu beobachten und dann scheitert das Verfahren auch. Das ist das Dilemma, vor das wir gestellt worden sind. Deshalb sage ich mit Günther Beckstein, dass wir in der schwierigen Lage sind, dass ein Verbotsverfahren für absehbare Zeit nicht mehr möglich ist.

Ich erinnere jetzt an eine Zeit, die wir hinter uns haben. Auch die NSDAP ist aus kleinen Anfängen entstanden. Damals hat sie vielleicht der eine oder andere unterschätzt und gesagt: Lass sie ruhig an dem Parteienspiel teilnehmen. Das hat sich als ein schrecklicher, grauenvoller Irrtum erwiesen. Darüber mögen einige nachdenken. Heute ist in einer Zeitung die Meldung zu lesen, dass die NPD erklärt, so wie die Weimarer Republik, die DDR und leider das Reich werde auch die Bundesrepublik untergehen. An ihre Stelle werde ein neues, freies Deutschland treten – man kann sich vorstellen, was sich diese Damen und Herren unter einem freien Deutschland vorstellen –, denn das liberal-kapitalistische Wirtschaftssystem sei entartet. Man braucht nur so etwas zu lesen, um zu erkennen, mit wem wir es zu tun haben.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Da sind wir uns ganz einig!)

– Herr Strobl, Sie haben gleich noch die Gelegenheit zu reden. Sie werden das Übliche rekapitulieren. Ich nehme an, dass Sie dann zu Günther Beckstein Stellung nehmen werden.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Das wäre gut!)

Ich bin gespannt, was Sie sagen werden.

Ich bin der Meinung, dass wir eine Gefahr dieser Art nicht unterschätzen dürfen. In einem Punkt bin ich mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger einig. Ich habe Ihre Auffassung immer respektiert. Ich habe diese Auffassung übrigens am Anfang auch vertreten. Ich habe meinen Standpunkt später geändert. Das ist wahr. Man kann den Standpunkt vertreten, ein Parteiverbot sei falsch und man müsse sich politisch auseinander setzen. Das kann man vertreten und eine solche Auffassung werde ich immer respektieren. Ich habe aber eine andere gewonnen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass man eine solche Partei nicht zulassen sollte. Das geht jetzt aber nicht mehr.

Womit Sie aber Recht haben, ist, dass wir eine Debatte ganz anderer Art über dieses Thema führen sollten. Das sollten wir schleunigst nachholen. Wir sollten über die wirklichen Gefahren und Ursachen des Rechtsextremismus und darüber sprechen, was wir dagegen tun können und welche Maßnahmen richtig sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dann muss auch die Partei, die sonst immer für Steuersenkungen und damit für Mindereinnahmen eintritt, jetzt aber fröhlich Mehrausgaben fordert, ihre Auffassung ins Lot bringen.

(Dr. Max Stadler [FDP]: Steuersenkungen führen zu Mehreinnahmen!)

Lassen Sie uns über diese Fragen gemeinsam unter Demokraten so reden, wie es sich gehört.

Wir haben einmal eine wirklich beachtliche Debatte über Antisemitismus geführt.

(Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]: Stimmt!)

Ich wünsche mir eine Debatte in diesem Stil im Bundestag. Ich werde mich gerne daran beteiligen. Lassen Sie den Klein-Klein-Streit über diese Äußerung beiseite. Das führt uns nicht weiter. Dann können wir etwas für die Festigung der Demokratie tun.

(Dirk Niebel [FDP]: Das war eine Entschuldigung, oder?)

Ich nehme für mich als Bundesinnenminister in Anspruch, eine ganze Menge dazu beigetragen zu haben, die Menschen, auch junge Menschen, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Faschismus zu immunisieren. Da kann ich nach sechs Jahren auf eine ganz gute Bilanz zurückblicken. Es war die Bundesregierung – Frau Sonntag-Wolgast hat sich, als sie seinerzeit Staatssekretärin bei mir war, große Verdienste erworben –, die das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ gegründet hat. Das ist eine Initiative, die in der Gesellschaft stattfindet. Wir haben auch den Victor-Klemperer-Preis geschaffen. Wir bemühen uns auch in anderer Weise darum, uns politisch-geistig mit diesem Unheil auseinander zu setzen. Lassen Sie uns an der Stelle weiterarbeiten, anstatt uns in kleinlichen Zwistigkeiten zu verstricken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner in der Aktuellen Stunde hat der Kollege Thomas Strobl von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Sie sagen jetzt etwas zu Herrn Beckstein!)

Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat beginnen. Da das Zitat nicht von mir stammt, darf ich hinzufügen: Vielleicht ist es auch für den Bundesinnenminister hilfreich. Ich zitiere:

Der Bundesinnenminister trägt von jeher stolz den Titel des Verfassungsministers, soll sagen, dieser Minister habe über die Einhaltung der Verfassung zu wachen. Diese Sonderstellung in der Bundesregierung (eine andere kommt dem Finanzminister zu) erfordert, sich jederzeit weniger von eigenen Überzeugungen und Launen als von Geist und Buchstaben des Grundgesetzes leiten zu lassen.

So weit und so richtig war dies in einem Kommentar zum Leitartikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 18. September dieses Jahres zu lesen.

Es entspricht dem Geist unseres Grundgesetzes, den Verfassungsorganen mit Respekt und Achtung zu begegnen. Nur dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Staatsorgane auch achten, können diese ihre Aufgaben und Pflichten erfüllen. Aber wie sollen die Bürgerinnen und Bürger den Verfassungsorganen diese Achtung entgegenbringen, wenn es schon die Verfassungsorgane untereinander nicht tun?

In diesem Zusammenhang ist es ein inakzeptabler Vorgang, wenn ausgerechnet der Verfassungsminister dem Bundesverfassungsgericht die Schuld am Einzug extremistischer Parteien in die Parlamente zuschiebt.

(Otto Schily, Bundesminister: Was ist mit Herrn Beckstein?)

Niemand anders als das Ministerium von Otto Schily hat im NPD-Verbotsverfahren die heikle V-Mann-Problematik unterschätzt und stümperhaft gehandhabt. Ich zitiere aus der „tageszeitung“ vom 1. März 2003: „Der Misserfolg hat einen Namen: Otto Schily“.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Herr Strobl zitiert die „taz“? – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich finde es gut, dass Sie die „taz“ zitieren! Das ist meine Lieblingszeitung! – Gegenruf des Abg. Sebastian Edathy [SPD]: Das ist der Sache nicht angemessen!)

Nachdem das Verfahren schief gegangen war, Herr Bundesinnenminister, hatten Sie für das Bundesverfassungsgericht und dessen Entscheidung Prädikate wie „falsch“, „abwegig“ und „rechtsirrig“ übrig. Dazu fällt mir ein Zitat aus Goethes „Torquato Tasso“ ein: „Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende, was ihm an Wahrheit und Kräften fehlt“.

(Sebastian Edathy [SPD]: Was soll denn das?)

Um der Unangemessenheit Ihres Tadels gegenüber dem Bundesverfassungsgericht die Krone aufzusetzen, beschimpften Sie am vergangenen Sonntagabend noch die Wähler, indem Sie ihnen schlicht die Vernunft abgesprochen haben.

(Sebastian Edathy [SPD]: Das ist ja peinlich, was Sie hier machen!)

Aber Sie werden sich entscheiden müssen, Herr Bundesinnenminister, wer nun Schuld daran ist, dass die NPD in den Landtag eingezogen ist: das Bundesverfassungsgericht oder die Unvernunft der Wähler. – Beides ist aber falsch.

(Sebastian Edathy [SPD]: Beides ist falsch? Dann ist das Zweite auch falsch!)

Gerade der Verfassungsminister hat die Pflicht, die Würde und den Respekt vor den Verfassungsorganen zu wahren. Dagegen haben Sie mit Ihrer Äußerung in fahrlässiger Weise verstoßen.

Es ist im Übrigen nicht das erste Mal, dass Sie mit nachgerade rohen Mitteln mit unserer Verfassung umgehen. Ich darf daran erinnern, dass das Zuwanderungsgesetz auf eindeutig verfassungswidrige Art und Weise im Bundesrat durchgepaukt wurde.

(Sebastian Edathy [SPD]: Jetzt wird es aber wirklich abwegig, Herr Kollege! – Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Herr Strobl, schämen Sie sich! – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat denn Herr Schily damit zu tun?)

Hierbei sind Sie – das ist eine Tatsache – vom Bundesverfassungsgericht in die Schranken verwiesen worden.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zeigen Sie ein wenig mehr Demut vor unserer Verfassung und ihren Organen, Herr Bundesinnenminister! Weniger Überheblichkeit würde Ihnen wohl anstehen und unserem Land ausgesprochen gut tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich darf einen letzten Punkt ansprechen: der Umgang des Innenministers mit Mitarbeitern seines Ministeriums.

(Sebastian Edathy [SPD]: Herr Strobl, was machen Sie hier?)

Dass Frau Marianne Birthler sein jüngstes Opfer ist, hat sich schon herumgesprochen. Die Äußerung des Ministers Schily „In meinem Ministerium kann jeder machen, was ich will!“ ist ja allgemein bekannt.

(Sebastian Edathy [SPD]: Sie ziehen die Debatte in die Länge!)

Aber beim Bundesverfassungsgericht handelt es sich nicht um eine nachgeordnete Behörde des BMI, Herr Bundesinnenminister. Die höchsten deutschen Richter sind nicht die Lakaien des Bundesinnenministers. Das muss dem Bundesinnenminister leider erneut und öffentlich gesagt werden.

Die damalige Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin musste wegen eines Vergleichs des amerikanischen Präsidenten mit Hitler den Hut nehmen. Das war ein dummer Spruch. Sie ist nicht mehr im Amt.

(Sebastian Edathy [SPD]: Was ist denn das jetzt für ein Vergleich? Das ist ja unglaublich! Was erlauben Sie sich?)

Auch dem Bundesinnenminister kann man dumme Sprüche nicht durchgehen lassen, schon gar nicht ein falsches Verfassungsverständnis.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Wovon reden Sie eigentlich? Welches Thema debattieren Sie hier?)

Offensichtlich hat auch er sich nicht immer im Griff. Ein Bundesinnenminister, der sich nicht im Griff hat, der durch seine Unbeherrschtheit Schaden an Verfassungsorganen anrichtet, muss sich die Frage stellen lassen, ob er, trotz auch unbestreitbarer Befähigungen und Qualitäten, für das Amt des Bundesinnenministers, für das Amt des Verfassungsministers, der richtige Mann ist.

Besten Dank für das Zuhören bei denjenigen, die zugehört haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die Aktuelle Stunde ist beendet. Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 23. September 2004, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.